



CDU-FRAKTION
IM LANDTAG BRANDENBURG

INFOTICKER

Nr. 31 | 17.09.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament



www.cdu-fraktion-brandenburg.de



AFFÄRE IM SPD-MINISTERIUM? DEM INNENMINISTER WIRD VETTERNWIRTSCHAFT BEIM LANDESEIGENEN IMMOBILIENVERKAUF VORGEWORFEN.

VETTERNWIRTSCHAFT IM SPD-MINISTERIUM?

Dem ehemaligen Finanz- und heutigen SPD-Innenminister Rainer Speer werden undurchsichtige Geschäfte vorgeworfen. Doch anstatt zur Aufklärung beizutragen, überlässt Speer das Sprechen lieber anderen. Ein Untersuchungsausschuss ist dringender denn je.



Vetternwirtschaft bei der Veräußerung von landeseigenen Grundstücken und dem Verkauf einer Bodengesellschaft. So lauten derzeit die Vorwürfe an SPD-Innenminister Rainer Speer. Der Vorgang wird inzwischen von der Staatsanwaltschaft und dem Rechnungshof überprüft. Konkret geht es um ein Kasernenge-

lände in Potsdam-Krampnitz. Das 110 Hektar große Areal war im Jahr 2007 von der vormals landeseigenen Brandenburgischen Bodengesellschaft (BBG) für rund vier Millionen Euro angeblich an eine deutsch-dänische Investorengruppe verkauft worden. Wenige Tage nach dem Vertragsabschluss dann das: Einem vereidigten

Sachverständigen zufolge soll der „angemessene Kaufpreis“ jedoch 25 Millionen Euro betragen haben, vorausgesetzt, für die Fläche kann Baurecht geschaffen werden und es sind keine Bodenaltlasten vorhanden.

Darüber hinaus stellte sich erst kürzlich heraus, dass der wahre Investor nicht die dänische Thylander-Gruppe, sondern ein undurchsichtiges Firmengeflecht um den Hannoveraner Rechtsanwalt Ingolf Böß war.

ERKLÄRUNG VOR DEM AUSSCHUSS

„Sollten sich die erhobenen, massiven Vorwürfe auch nur zum Teil bestätigen, muss es zwingend Konsequenzen geben“, forderte deshalb unsere Fraktionsvorsitzende Dr. Saskia Ludwig. Sie verlangte deutlich mehr Transparenz im staatlichen Handeln. „Die Brandenburger erwarten zu Recht, einen verantwortungsvollen und vor allem transparenten Umgang mit ihren Steuergeldern“, sagte sie. In einer ersten Sondersitzung des Haushaltskontrollausschusses des Landtags vor zwei Wochen musste sich SPD-Innenminister Speer den Fragen der Abgeordneten stellen.

Doch Aufklärung sieht anders aus. „Anstatt die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Verkauf des Kasernengeländes in Potsdam-Krampnitz und der Privatisierung der landeseigenen Brandenburgischen Boden-Gesellschaft (BBG) zu entkräften, geriet Innenminister Rainer Speer (SPD) erneut ins Zwielficht“, berichtete ein Journalist aus der Sitzung des Kontrollausschusses.

Wer gehofft hatte, dass Rot-Rot wenigstens in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuss dieser Woche ein wenig zur Aufklärung beitragen würde, der wurde erneut enttäuscht.

Statt klarer Antworten auf die Fragen unserer Abgeordneten Ludwig Burkardt und Dierk Homeyer zu den zu Grunde liegenden Wertgutachten, dem Weiterverkauf der Grundstücke und dem Schaden, der dem Land entstanden ist, gab es wieder nur Ausflüchte und Nebelkerzen von den Herren Speer und Markov.

INNEN- UND FINANZMINISTER NEHMEN SELBST NICHT STELLUNG

Doch dieses Mal überließen die beiden Minister sogar einer Referatsleiterin das Wort und hüllten sich in Schweigen.

Nun sprach also Inis-Andrea Stelzig, zuständig im Finanzministerium für den Bereich Liegenschaften, und verstrickte sich gleich mehrfach in

Widersprüche. Erzählte sie doch von einem gültigen Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Thylander und Böx, den ihr der Anwalt angeblich bei einem Gespräch am Vortag präsentiert hatte. Über den Inhalt konnte oder wollte sie aber nichts sagen. Komisch, hatten doch sowohl die dänische Investorengruppe als auch das Finanzministerium jüngst erklärt, es gebe keinen gesellschaftsrechtlichen Zusammenhang zwischen Thylander und Böx.

Am Ende der 1 1/2 Stunden konnte das Fazit deshalb nur lauten: Ein Untersuchungsausschuss ist dringender denn je!

Unsere Abgeordneten Dierk Homeyer und Ludwig Burkardt forderten im Haushalts- und Finanzausschuss Aufklärung von SPD-Innenminister Rainer Speer.



Ludwig Burkardt

Dierk Homeyer

SPD-Innenminister
Rainer
Speer

SPD-GESINNUNGSCHECK FÜR JOURNALISTEN?

Wie nervös die Sozialdemokraten sind, zeigt der jüngste Vorfall. Medienvertreter verschiedener Tageszeitungen wurden von einem Presse-Hintergrundgespräch mit dem Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der SPD Brandenburg, Matthias Platzeck, gezielt ausgeschlossen. Laut Zeugen wurde ihnen sogar mit einem Hausverweis per Polizei gedroht. Ein Schlag gegen die Pressefreiheit. cs/ps

ES GEHT AUCH OHNE ROT-ROT!

Wenn Rot-Rot nicht will, dann helfen sich die Brandenburger Landkreise eben selbst. Angeregt durch die Vorschläge der CDU-Landtagsfraktion hat der Landkreis Elbe-Elster nun als erster die Studienbeihilfe für Medizinstudenten eingeführt.

Brandenburg gehen in den ländlichen Regionen die Ärzte aus. Zum einen, weil viele Ärzte bald in den Ruhestand eintreten – allein im Landkreis Elbe-Elster haben bereits 20 Prozent das 60. Lebensjahr vollendet. Zum anderen, weil der Nachwuchs fehlt. Der will lieber in die Stadt oder wandert gleich in ein anderes Bundesland ab. Erschwerend kommt hinzu, dass keine der Brandenburger Universitäten das Studienfach Medizin anbietet. So sind die angehenden Mediziner bereits „verloren“, ehe sie anfangen zu studieren. Ihre Ausbil-

dung zum Arzt absolvieren sie woanders, aber nicht in Brandenburg.

CDU-FRAKTION ENTWICKELTE KONZEPT

Unsere Fraktion entwickelte zu Beginn dieses Jahres einen ersten Handlungsansatz, um dem Ärztemangel zu begegnen. Ein Anreizsystem sollte geschaffen werden, das angehende Ärzte dazu animiert, in Brandenburg sesshaft zu werden. Die Idee: Die angehenden Ärzte sollten eine Studienbeihilfe erhalten und sich dafür im Gegenzug

verpflichten, für eine bestimmte längere Zeit als Arzt in einer ländlichen Region Brandenburgs zu praktizieren. Doch die SPD/LINKE-Mehrheit sah nur „rot“ und lehnte unseren Antrag sowie einen später eingebrachten Haushaltsantrag gnadenlos ab. Sie bewies damit einmal mehr, wie

wenig ihr an den Sorgen und Nöten der Bevölkerung im ländlichen Raum liegt. Doch wenn Rot-Rot nicht will, dann helfen sich die Landkreise eben selbst. Angeregt durch die Vorschläge der CDU-Fraktion im Landtag hat der Landkreis Elbe-Elster nun als erster die Studienbeihilfe für Medizinstudenten eingeführt. Landrat Christian Jaschinski (CDU) hatte mit Unterstützung der CDU-Kreistagsfraktion eine Beschlussvorlage eingebracht, der die Mehrheit des Kreistags Elbe-Elster zustimmte. Jährlich können nun fünf Medizinstudenten in das neue Förderprogramm aufgenommen werden.

Die Studienbeihilfe wird für eine Dauer von vier Jahren gewährt. Sie beträgt monatlich 500 Euro und muss bei Erfüllung der Pflichten nicht zurückgezahlt werden. Weiterhin wird die Studienbeihilfe beim Bafög nicht als Einnahme angerechnet, schmälert also nicht die mögliche Bafög-Zuwendung des Empfängers. Auch der Kindergeldanspruch bleibt erhalten.

Antragsberechtigt sind Studenten, die an einer deutschen Universität die Fachrichtung Medizin studieren und den Ersten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung nach Approbationsordnung für Ärzte (AApprO) bestanden haben. Im



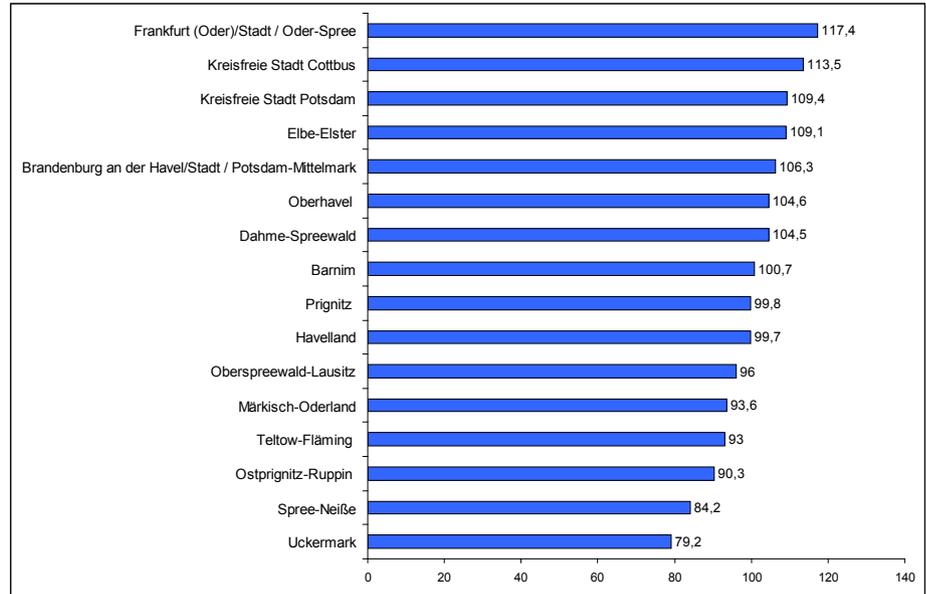
ÜBERVERSORGUNG TROTZ MANGEL

Gegenzug verpflichtet sich der angehende Mediziner dazu, nach Abschluss des Studiums und der Facharztausbildung innerhalb von sechs Monaten als Arzt im Elbe-Elster-Klinikum oder beim Gesundheitsamt des Landkreises Elbe-Elster zu arbeiten oder an der vertragsärztlichen Versorgung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg auf dem Gebiet des Landkreises Elbe-Elster teilzunehmen. Mindestens müssen die jungen Ärzte ihre dortige Tätigkeit ausführen.

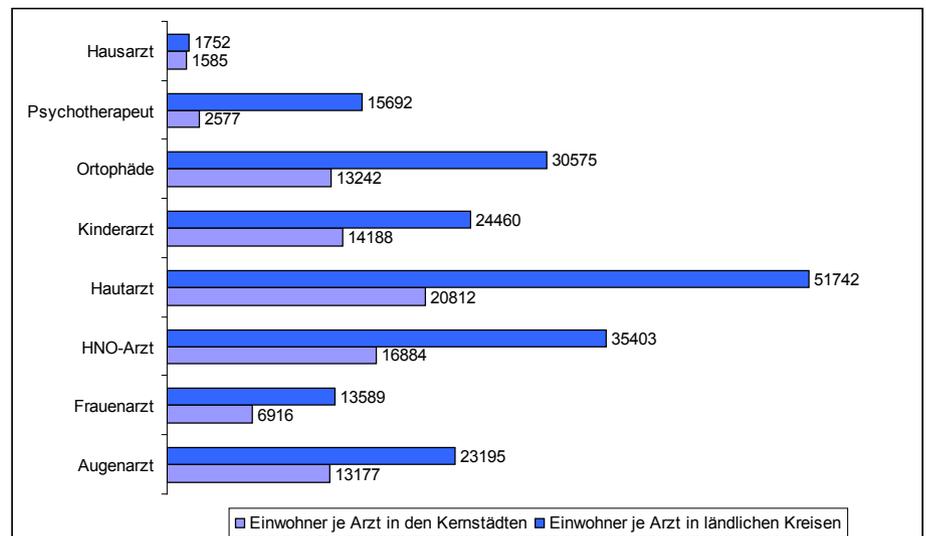
Laut Bedarfsplanungsrichtlinie der Kassenärztlichen Vereinigung sind die ländlichen Regionen Brandenburgs eigentlich „überversorgt“. Experten kritisieren jedoch, dass sich diese Einschätzung nicht an der tatsächlichen Versorgungssituation in den ländlichen Gebieten orientiert. So wird als Grundlage für die Berechnung nicht der tatsächliche Nachfragebedarf der Patienten, sondern eine starre Kapazitäts- und Verteilungsplanung heran gezogen. Nicht berücksichtigt wird beispielsweise, dass ältere Patienten häufiger krank sind und aufgrund von Routineuntersuchungen öfter den Arzt besuchen. Statistisch gesehen gibt es in den Landregionen damit zwar mehr Ärzte pro Einwohner, diese haben aber aufgrund der Mehrheit von älteren Menschen mindestens genauso viel oder mehr zu tun als ihre Kollegen in der Stadt. Vor allem bei den Fachärzten sagt die Einwohner-Arzt – Relation etwas anderes als die Statistik. Im Durchschnitt müssen Fachärzte auf dem Land doppelt so viele Patienten versorgen als ihre Kollegen in den Kernstädten. Unberücksichtigt bleibt auch, dass Patienten auf dem Land oft lange Anfahrtswege zu Fachärzten in Kauf nehmen müssen. cs

Brandenburgs Landregionen sind mit Ärzten überversorgt - das sagt die Statistik. Doch die tatsächliche Situation sieht anders aus. Ärzte auf dem Land müssen doppelt so viele Patienten versorgen wie ihre Kollegen in der Stadt und werden von ihren Patienten häufiger aufgesucht.

VERSORGUNGSGRAD MIT HAUSÄRZTEN PRO LANDKREIS (IN PROZENT)



EINWOHNER-ARZT-RELATION



„SICHERHEITSSTRUKTUR DARF NICHT WEGBRECHEN“

Landkreis Oberspreewald-Lausitz: Bürgerversammlung zum Erhalt der Polizeiwache in Lauchhammer



Gemeinsam mit Bürgermeister Roland Pohlenz lud unser Abgeordneter Ingo Senftleben in dieser Woche zu einer Bürgerversammlung in der Stadt Lauchhammer ein. Im Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr hatten sich Bürgermeister aus benachbarten Städten und Gemeinden, Stadtverordnete, Unternehmer und viele Bürger versammelt. Einhellig sprachen sich die Teilnehmer der Versammlung gegen die Ausdünnung der derzeitigen Sicherheitsstruktur aus. Mit unserem innenpolitischen Sprecher Sven Petke, der unser Polizeikonzept „Sicher leben in Brandenburg“ auf der Veranstaltung vorstellte, wurden zahlreiche Argumente für den Erhalt des derzeitigen Standes der polizeilichen Versorgung zusammengetragen.

Bürgermeister Roland Pohlenz informierte über den Beschluss, den die Stadtverordneten der Stadt Lauchhammer in der vergangenen Woche mehrheitlich gefasst hatte. Das Papier beinhaltet das klare Bekenntnis der Stadtverordneten gegen Stellenabbau und die diskutierte Verkürzung der Betriebszeiten im Rahmen der von Innenminister Rainer Speer geplanten Polizeistrukturereform.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass die Sicherheitsstruktur hier im Einzugsgebiet der Polizeiwache wegbricht“, so Roland Pohlenz. Ebenfalls seien möglicherweise angedachte Verlagerungen der Zuständigkeiten auf die städtischen Ordnungsämter weder finanziell noch organisatorisch von den Städten zu handeln. „Wir sind hier nicht in der

Lage, weitere Leistungen zu erbringen“, sagte Pohlenz im Rahmen der Diskussion.

Der Bürgermeister machte ebenfalls darauf aufmerksam, dass mangelnde Polizeipräsenz nicht nur dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger widerspreche, sondern auch potentielle Investoren abschrecken könne, sich zu engagieren. Sven Petke informierte über zahlreiche Fakten: So sei die Polizeiwache Lauchhammer für eine Fläche von 330 Quadratkilometern und rund 38.000 Einwohner zuständig. Die Zeit, bis die Polizei vor Ort sein könne, sei bereits jetzt mit mehr als 20 Minuten recht lang – Einsparungen hätten – bedingt durch die langen Wege auf dem Land – deutlich längere Zeiten bis zum Eintreffen vor Ort zur Folge. So sehe die geplante Polizeistrukturereform vor, die bislang 50 Wachen auf eine Zahl von 15 plus X zu reduzieren. Jede 5. Stelle der derzeit 8900 Polizisten Brandenburgs solle eingespart werden. „Die Menschen hier haben uns klar gesagt, dass für sie so eine Maßnahme nicht tragbar wäre“, berichtet Ingo Senftleben. Bereits rund 5.000 Unterschriften gegen die geplante Reform seien zusammengekommen. Karl-Heinz Barke von der Gewerkschaft der Polizei gab den Landtagsabgeordneten eine Bitte mit auf den Weg: „Fragen Sie doch bitte den Minister, wie wir vor Ort den Familien von Opfern erklären sollen, warum wir zu spät gekommen sind.“ *red/pm/j. Wieduwilt*



WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

In unserem Bürgerbüro sind wir montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr für Sie da, individuelle Terminvereinbarungen sind möglich. Vertrauensvoll und kompetent nehmen unsere Mitarbeiter Ihr Anliegen entgegen und beantworten Ihnen gern Ihre Fragen rund um die CDU-Fraktion und Fachthemen im Landtag Brandenburg.

Weiterhin sind wir Ihnen bei konkreten Gesprächswünschen mit unseren Abgeordneten sowie der Kontaktaufnahme mit den Bürgerbüros in den Wahlkreisen behilflich.

Bürgerbüro

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 14 50
Fax: 0331 / 966 14 07
pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Redaktion INFOTICKER
CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Pressestelle
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

V.i.S.d.P.: Patrick Schweitzer
Layout: Fraktion
Fotos: Fraktion, www.pixelio.de (Titel:
Konstantin Gastmann (goenz|com photography berlin), Seite 4: berwis)